

Flüchtlingskinder ohne Begleitung fordern die Schulen

Der oberste Lehrer der Schweiz verlangt
von Kantonen und Bund mehr Unterstützung.

Tages-Anzeiger, 8.10.2015

Anja Burri

Bis Ende August sind 1224 Kinder ohne Eltern oder Verwandte in die Schweiz geflüchtet. Das sind bald doppelt so viele wie im gesamten Vorjahr. Die meisten sind zwischen 13 und 17 Jahre alt – ein Alter, in dem hierzulande die schulischen Weichen für die berufliche Zukunft gestellt werden. «Das neue Phänomen der unbegleiteten Teenager-Flüchtlinge stellt die Schulen vor grosse Herausforderungen», sagt Beat Zemp, Präsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH).

Für die Integration der oft traumatisierten Jugendlichen brauche es spezielle Deutschkurse, intensive Begleitung und Möglichkeiten zur Traumaverarbeitung. «Eine gute Integration kostet Geld. Da muss sich auch der Bund stärker beteiligen», sagt Zemp. Die Kantone müssten sich bewusst sein, dass Sparmassnahmen in der Schule und die Integration von Flüchtlingskindern nicht miteinander vereinbar seien. Das gelte auch für die Flüchtlingskinder, die mit

ihren Eltern in die Schweiz kämen. Der LCH erarbeitet derzeit mit seiner Westschweizer Schwesterorganisation ein Positionspapier.

In vielen Kantonen werden vor allem die älteren der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden separat unterrichtet. Wenn möglich kommen sie in die Volksschule. «Der Normalbetrieb in der Volksschule ist nicht auf die Integration vieler Flüchtlingskinder ausgerichtet», sagt auch der Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), Christoph Eymann. Die Kantone könnten aber auf ihre Erfahrungen mit den Flüchtlingskindern aus dem Balkan aufbauen.

Ab 16 Jahren sind die Jugendlichen nicht mehr schulpflichtig, doch fehlt ihnen oft das schulische Rüstzeug für eine Lehre. Die EDK klärt nun mit dem Bund ab, ob es spezielle Massnahmen braucht: etwa Vorbereitungskurse für den Einstieg ins Berufsleben. Schon heute besuchen ältere Flüchtlingskinder in den Kantonen zum Teil Brückenangebote, Kurse oder machen eine Attestlehre.

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 3



**Kommentar Anja Burri,
Bundeshausredaktorin,
über Flüchtlingskinder.**

Tages-Anzeiger, 8.10.2015

Glücksspiel für wehrlose Kinder

Ist die Rede von Flüchtlingen, denken viele an junge Männer. Doch immer häufiger erreichen auch Kinder die Schweiz - allein. In diesem Jahr machen sie bereits sechs Prozent aller Asylgesuche aus. Vor allem für jene Kantone, die mit der Unterbringung der erwachsenen Asylsuchenden bereits am Anschlag sind, sind diese Flüchtlinge eine grosse Herausforderung.

Er habe kürzlich ein Geschwisterpaar empfangen, erzählt der Migrationschef eines grossen Kantons. Die beiden Brüder waren sechs und zehn Jahre alt. Mittlerweile leben sie bei einer Pflegefamilie. Das Beispiel zeigt: Erstens ist die Verantwortung der kantonalen Behörden gross. Sie entscheiden über das Schicksal von Kindern, die häufig traumatisiert sind und intensive Betreuung benötigen. Zweitens haben diese Brüder Glück gehabt. Denn leider ist es für die minderjährigen Asylsuchenden nach wie vor eine Glückssache, in welchen Kanton sie vom Bund geschickt werden. Es gibt nämlich Kantone, in denen sie nicht wie Kinder, sondern bloss wie Asylsuchende behandelt werden: Dort werden sie dann zum Beispiel wegen Platznot in einem Asylzentrum für Erwachsene einquartiert.

Andernorts steuern vorläufig aufgenommene Jugendliche direkt auf ein sozialhilfeabhängiges Erwachsenenleben zu, weil man ihnen nicht hilft, fit für eine Berufslehre zu werden. Solche Zustände sind peinlich für ein Land, wie die Schweiz eines sein will. Die mangelnde Betreuung kann für die Zukunft der Kinder fatal sein - und sie ist ein Strategiefehler. Denn die meisten der Flüchtlingskinder dürften länger bleiben. Verpasst es ein Kanton, die Minderjährigen zu integrieren, kosten diese den Staat als Volljährige umso mehr.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Das föderalistische System stösst hier an Grenzen. In der Hoffnung, das «Problem» auszusetzen, kümmerten sich zu viele Kantone kaum um gute Bedingungen für die Flüchtlingskinder. Gerade die kleineren Kantone könnten sich in ihren Regionen zusammenschliessen und gemeinsame Unterbringungs- und Betreuungsmodelle entwickeln. Das wäre nicht nur günstiger. Sondern auch endlich konform mit verschiedenen Empfehlungen der UNO.

Schweiz

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Allein unterwegs

Immer mehr Flüchtlingskinder kommen ohne erwachsene Begleitpersonen in die Schweiz. Der Druck, diese Minderjährigen kindergerecht unterzubringen, steigt. Jetzt reagieren die Kantone.

Anja Burri
Bern

In der Schweiz bedeutet der 18. Geburtstag für die Jugendlichen vor allem mehr Freiheiten: Sie dürfen Auto fahren oder abstimmen. Das Nest der Familie verlassen die meisten erst einige Jahre später. Davon können die 1224 Flüchtlingskinder, die in den ersten acht Monaten dieses Jahres ohne Eltern in die Schweiz gekommen sind, nur träumen. Die UMA, wie sie von den Behörden genannt werden, also unbegleitete minderjährige Asylsuchende, stammen vorwiegend aus Eritrea, Afghanistan, Somalia und Syrien. Nur 15 Prozent von ihnen sind Mädchen. Die meisten geben an, zwischen 16 und 17 Jahre alt zu sein. Knapp jedes dritte Kind ist aber 15 oder jünger. Noch nie sind so viele Kinder allein in die Schweiz geflüchtet: Bis Ende August stellten fast doppelt so viele UMA ein Asylgesuch wie im ganzen 2014. Das sind sechs Prozent der Asylgesuche.

Rüge des UNO-Ausschusses

Unbegleitete Minderjährige sind besonders verletzlich. Sie haben in der Schweiz Anrecht auf eine Vertrauensperson, auf eine geeignete Unterkunft, auf Schulbildung und Betreuung. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) verteilt die UMA nach ihrer Ankunft in einem Bundeszentrum auf die Kantone. Weil nicht alle Kantone altersgerechte Unterkünfte anbieten, forderte das SEM diesen Frühling die Verantwortlichen zum Handeln auf. «Wer sich um die Aufnahme drücken wollte, tat einfach möglichst wenig für die Kinder», sagt der Asylkoordinator eines Kantons.

Dieses Schwarz-Peter-System brachte der Schweiz im Februar eine Rüge des UNO-Kinderrechtsausschusses ein. Dieser zeigte sich «besorgt» über die bedeutenden kantonalen Unterschiede bei der Betreuung der Flüchtlingskinder. Es gebe Kinder, die in Zivilschutzanlagen wohnen müssten. Auch die Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht kritisiert das System als eine «Lotterie». Längst nicht überall würden die Minderjährigen von Anfang an kindergerecht betreut.

Diese Zeiten sollen bald vorbei sein: Die Kantone reagieren. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) erarbeitet Empfehlungen für die Unterbringung und Betreuung der UMA. Ende November sollte ein erster Entwurf vorliegen, sagt SODK-Generalsekretärin



Kinder brauchen besonderen Schutz: Ein Flüchtlingsjunge auf der griechischen Insel Lesbos. Foto: Matej Divizna (Getty Images)

Margrith Hanselmann. Die Bemühungen gingen ins Geld, monieren die Kantone: Wer die Betreuung und Integration ernst nehme, habe deutlich höhere Kosten, sagt etwa Jürg Eberle, Leiter des St. Galler Migrationsamts. Das UMA-Programm seines Kantons komme an Grenzen; so brauche es zum Beispiel mehr Personal.

Andrea Ferroni, der Leiter des Bündner Sozialamtes, pflichtet ihm bei. «Wollen wir die Jugendlichen ernsthaft integrieren, können wir sie nach dem 18. Geburtstag nicht einfach sich selber überlassen», sagt er. Die Betreuung sei bis zum Abschluss einer Erstausbildung nötig. Sein Kanton kümmerte sich vor

einem Jahr noch um 5 Minderjährige. Heute sind es rund 60. Innert weniger Wochen habe man ein Unterbringungskonzept erarbeiten müssen. In Graubünden werden die Kinderflüchtlinge nun je nach Alter und Geschlecht in separaten Heimen untergebracht und unterrichtet oder auf eine Integration in den Arbeits-

markt vorbereitet. Nur die Jüngsten kommen in Pflegefamilien.

Solche sind derzeit in vielen Kantonen gefragt - neben Graubünden und St. Gallen setzen etwa auch Bern, Aargau, Luzern, Thurgau, Solothurn oder Baselland für einen Teil der Kinder auf Pflegefamilien. Im Aargau übernimmt der Verein Familynetwork.ch die Suche und Anstellung der Pflegefamilien. Diese erhalten eine Entschädigung von rund 1800 Franken pro Monat. Die Aufgabe sei anspruchsvoll, sagt Geschäftsführer Beat Bachmann. «Stellen Sie sich vor: Sie leben ab sofort mit einem Mädchen zusammen, das aus einer völlig anderen Kultur kommt und kein Wort Deutsch spricht», sagt er. Deshalb sei eine gute Vorbereitung wichtig.

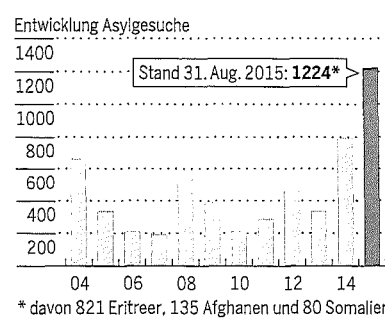
Der Bund vergütet die Integrationsbemühungen der Kantone für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene pauschal mit 6000 Franken pro Person. Dazu kommen 1500 Franken pro Monat und Person primär für Sozialhilfe und Krankenversicherung. Für UMA gibt es keine höheren Beiträge.

Überforderte Kantone

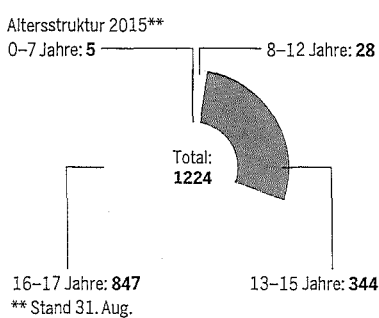
Viele Kantone bauen derzeit auch die separaten Gruppenunterkünfte für Minderjährige aus. Zum Beispiel Bern: Dort wurde jüngst ein leer stehendes Ferienheim für Flüchtlingskinder geöffnet. Die insgesamt über 300 Kinder sind mehrheitlich in speziellen Wohnheimen sowie in Wohngruppen, bei Verwandten oder Pflegefamilien untergebracht.

Nicht überall geht der Ausbau schnell genug voran. Wegen der raschen Zunahme könnten momentan nicht für alle Kinder und Jugendliche optimale Wohnformen angeboten werden, schreibt die Luzerner Regierung in der Antwort auf einen Vorstoss im Kantonsparlament. Man prüfe deshalb auch die Einrichtung eines neuen UMA-Zentrums. Im Kanton Aargau wird es laut Behördenangaben zunehmend schwierig, die jungen Flüchtlinge in besonderen Zentren unterzubringen. Allein im September habe der Aargau 27 minderjährige Asylsuchende zugewiesen erhalten. Unbefriedigend ist die Situation im Kanton Baselland, der wohl stellvertretend für andere überforderte Kantone steht: Die meisten der über 40 Minderjährigen wohnen in normalen Asylzentren. Das werde sich bald ändern, verspricht der Kanton auf Anfrage.

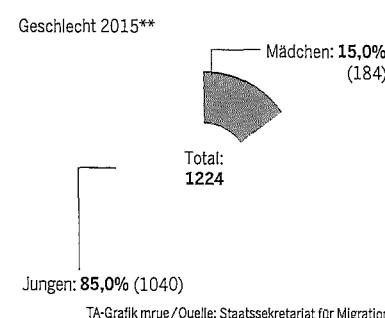
Starke Zunahme der Zahl unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender



* davon 821 Eritreer, 135 Afghanen und 80 Somalier



** Stand 31. Aug.



TA-Grafik mruw/Quelle: Staatssekretariat für Migration

Doch nicht zusammengeführt

Die Geflüchtete hatte Glück. Sie gehörte zu jenen 4700 Syrerinnen und Syrern, die dank des erleichterten Familiennachzugs in die Schweiz kommen konnten. Die Frau hat einen Bruder, der in Zürich stationiert ist. Heute lebt sie aber nicht bei ihm, sondern bei einer Gastfamilie im Kanton Bern - mit ihrem F-Ausweis darf sie sich nicht in Zürich niederlassen (TA vom Montag).

Nur: Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) wollte syrischen Familien mit den Visaverleicherungen eigentlich helfen, dass sie hier in der Schweiz zusammenleben können. Diese galten nicht nur für Kernfamilien, zu denen minderjährige Kinder und deren Eltern zählen, sondern auch für deren Eltern und Geschwister mit Familien.

Weshalb aber leben hier doch nicht alle Angehörigen zusammen? Laut Céline Kohlprath, Sprecherin des Staatssekretariats für Migration, werden Kernfamilien zusammen untergebracht, ganz gemäss dem Grundsatz der Einheit der Familie. Das gilt auch dann, wenn nicht alle Mitglieder einer Familie gleichzeitig in der Schweiz ankommen oder nicht

alle im selben Empfangszentrum. In Fällen, in denen dies dennoch nicht gelingt, können die Betroffenen ein Gesuch für einen Kantonswechsel beim Bund stellen. Dafür müssen sie allerdings nachweisen können, dass sie tatsächlich eine Familie sind, falls Papiere fehlen anhand eines Vaterschaftstests.

Nicht alle Syrer am gleichen Ort

Anders verhält es sich hingegen bei Personen, die zwar nah miteinander verwandt, aber bereits erwachsen sind, wie dies bei der Syrerin im Kanton Bern und ihrem Bruder der Fall ist. Sie ist auch nicht mit ihm zusammen in die Schweiz gekommen. In diesen Fällen teilt der Bund die Geflüchteten den Kantonen nach anderen Kriterien zu und berücksichtigt etwa, welche Kantone noch nicht so viele Personen aufgenommen haben, wie sie gemäss Verteilschlüssel müssten. Er achtet auch darauf, dass Angehörige eines Landes möglichst gleichmässig in der Schweiz verteilt werden und einem Kanton nicht besonders viele syrische, eritreische oder andere Staatsangehörige zugeteilt werden. (jho)

Vier Spezialzentren für minderjährige Jugendliche

Der Kanton Zürich hat bereits auf die wachsende Zahl von unbegleiteten Jugendlichen reagiert.

Denise Marquard

Sie sind jung, kommen allein - und es werden immer mehr. Auch im Kanton Zürich ist die Zahl unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender - in der Fachsprache als UMA bezeichnet - sprunghaft angestiegen. Gemäss Statistik des Staatssekretariats für Migration ist sie von 134 im letzten Jahr auf 222 hochgeschwollen (Stand Anfang September 2015). «Besonders stark ist die Zunahme minderjähriger Flüchtlinge seit dem Mai», stellt Thomas Schmutz von der Asylorganisation Zürich (AOZ) fest.

Der Kanton Zürich hat als einer der wenigen rechtzeitig auf diese Entwicklung reagiert und in der Stadt schrittweise drei Aussenstellen für minderjährige Flüchtlinge geschaffen: eine in Leutschenbach (30 bis 37 Plätze), eine in

Höngg (12 bis 15 Plätze) und seit Oktober ist auch die Aussenstelle Sonnenberg (20 bis 25 Plätze) eröffnet. Sie alle werden von der AOZ geführt. Das grösste Zentrum des Kantons ist der Lilienberg in Affoltern am Albis. Dort leben zurzeit 90 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren. Sie stammen hauptsächlich aus Eritrea, Afghanistan, Syrien und Somalia.

Professionelle Betreuung

Längst nicht alle Kantone verfügen wie Zürich über speziell auf Jugendliche ausgerichtete Heime. Diesen Mangel kritisiert die Humangeografin Barbara Bitzi: «Es ist problematisch, wenn Kinder und Jugendliche in der gleichen Unterkunft wohnen wie Erwachsene.» Jugendliche bräuchten eine für ihre Bedürfnisse konzipierte professionelle Betreuung, wie sie das Zentrum Lilienberg anbietet: Dort sind Sozialpädagogen für die administrative Fallführung sowie für die Tagesstruktur und Freizeitgestaltung zuständig. Ziel dieser Betreuung ist es, den Jugendlichen zu helfen, den Alltag so selbstständig wie möglich zu meistern. Dazu gehört, dass sie lernen, Geld selber

zu verwalten, einzukaufen, zu kochen und zu putzen.

Bitzi hat im Rahmen ihrer Doktorarbeit das Zentrum Lilienberg untersucht. Dabei hat sie festgestellt, dass viele minderjährige Flüchtlinge sich wünschen würden, eine öffentliche Schule zu besuchen, um mit andern Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Doch den wenigsten gelinge das. «Die schulischen Defizite sind zu gross, die Deutschkenntnisse zu gering», sagt Bitzi. Fussball ist eine weitere Möglichkeit zur Integration. «Wenn sie es schaffen, in einen Verein einzutreten, dann sind sie einen grossen Schritt weitergekommen.»

Die Jugendlichen sehen sich laut Bitzi nicht gerne in der Opferrolle: «Sie leiden zwar unter der Abwesenheit ihrer Familie, aber die jungen Flüchtlinge sind sich gewohnt, mit grossen Schwierigkeiten umzugehen und aus jeder Situation das Beste zu machen.» Sie seien daher interessiert, ihren schulischen Fähigkeiten entsprechend Anschlusslösungen zu finden und im Idealfall eine Lehre zu absolvieren.